



Dienstag, 11. August 2026, 14:00 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Die nationalistische Ikone

Der Kult um Stepan Bandera beschädigt Europas Glaubwürdigkeit.

von Uwe Froschauer

Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Ljupco Smokovski, Sergii Figurnyi)

Europa erklärt den Kampf gegen Rechtsextremismus zu einem seiner wichtigsten politischen Ziele. Kaum

eine gesellschaftliche Entwicklung wird so entschieden bekämpft wie Nationalismus, Antisemitismus und die Verherrlichung faschistischer Ideologien. Politiker beschwören regelmäßig die historische Verantwortung Europas und betonen, dass sich die Verbrechen des Nationalsozialismus niemals wiederholen dürfen. Wie kann es dann sein, dass dieselben Regierungen seit Jahren einen Staat politisch, finanziell und militärisch unterstützen, in dem Stepan Bandera – eine der umstrittensten Figuren des Zweiten Weltkriegs – von großen Teilen der Gesellschaft und Politik als Nationalheld verehrt wird.

Straßen, Denkmäler und Gedenkveranstaltungen erinnern an einen Mann, dessen Name außerhalb der Ukraine vor allem mit ethnischem Nationalismus sowie den Verbrechen der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) verbunden ist. Besonders in Polen stößt diese Erinnerungspolitik seit Jahren auf scharfe Kritik. Dort gelten die Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung in Wolhynien und Ostgalizien als eines der dunkelsten Kapitel des Zweiten Weltkriegs. Dennoch ist die Bandera-Verehrung in der Ukraine für viele westliche Regierungen selten ein Thema.

Wie passt es zusammen, dass Europa jede Form der Verherrlichung nationalsozialistischer Ideologien im eigenen Land entschieden verurteilt, gleichzeitig aber kaum Kritik daran übt, wenn in einem eng unterstützten Partnerstaat Persönlichkeiten geehrt werden, deren historische Rolle international höchst umstritten ist? Dieser Frage geht der Beitrag nach.

Stepan Bandera – Die Geschichte hinter dem Mythos

Um zu verstehen, warum Stepan Bandera bis heute in großen Teilen der Ukraine verehrt wird und zugleich in vielen anderen Ländern als Symbol eines radikalen Nationalismus gilt, sollte man seine Lebensgeschichte kennen. Sie ist geprägt von dem Streben nach einem unabhängigen ukrainischen Staat, aber auch von politischen Bündnissen und Entscheidungen, die mehr als fragwürdig sind.

Stepan Bandera wurde am 1. Januar 1909 im damals zu Österreich-Ungarn gehörenden Dorf Stryj Uhryniv in Galizien geboren. Er wuchs in einer Zeit auf, in der die Ukraine zwischen verschiedenen Großmächten aufgeteilt war. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs fiel seine Heimat an Polen. Viele ukrainische Nationalisten empfanden die polnische Herrschaft als Fremdbestimmung und kämpften für einen eigenen Staat.

Schon als junger Mann schloss sich Bandera der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) an. Die OUN verfolgte das Ziel, einen unabhängigen ukrainischen Nationalstaat zu errichten.

Dabei vertrat sie einen radikalen Nationalismus, der demokratische Prinzipien ablehnte und den bewaffneten Kampf als legitimes Mittel zur Erreichung politischer Ziele betrachtete. Innerhalb der Organisation gewann Bandera rasch an Einfluss. 1940 spaltete sich die OUN in zwei Flügel: den gemäßigteren Flügel unter Andrij Melnyk (OUN-M) und den radikaleren Flügel unter Stepan Bandera (OUN-B).

Mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 sahen viele ukrainische Nationalisten die Chance gekommen, die sowjetische Herrschaft abzuschütteln und einen eigenen Staat zu

errichten. Teile der OUN arbeiteten zunächst mit dem Deutschen Reich zusammen und hofften, Deutschland werde die Gründung eines unabhängigen ukrainischen Staates unterstützen. Am 30. Juni 1941 riefen Anhänger Banderas in Lemberg ein unabhängiges ukrainisches Staatswesen aus.

Ihre Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht. Die nationalsozialistische Führung verfolgte eigene Pläne für die besetzten Gebiete und lehnte einen souveränen ukrainischen Staat ab. Bandera weigerte sich, die Unabhängigkeitserklärung zurückzunehmen. Daraufhin wurde er im Juli 1941 von den deutschen Behörden verhaftet und später im Konzentrationslager Sachsenhausen in einem Sonderbereich für prominente Häftlinge interniert. Dort blieb er bis zum Herbst 1944, als er im Zuge der sich verschlechternden Kriegslage freigelassen wurde.

Während Bandera interniert war, entwickelten sich die von seinem Flügel der OUN geprägten Strukturen weiter. Aus diesem Umfeld ging die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) hervor, die sowohl gegen die deutsche Besatzung als auch gegen sowjetische Truppen kämpfte, deren Schwerpunkt sich jedoch zunehmend auf den Kampf gegen die Sowjetunion verlagerte.

Zu den dunkelsten Kapiteln dieser Zeit gehören die Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung in Wolhynien und Ostgalizien in den Jahren 1943 und 1944. Historiker schreiben Einheiten der UPA und Angehörigen der OUN eine zentrale Rolle bei diesen Verbrechen zu.

Die Schätzungen der Opferzahlen reichen – je nach Quelle – von mehreren Zehntausend bis zu über 100.000 überwiegend polnischen Zivilisten. Polen bewertet die Ereignisse heute offiziell als Völkermord.

Über die genaue persönliche Verantwortung Stepan Banderas bestehen in der historischen Forschung unterschiedliche

Auffassungen. Unstrittig ist jedoch, dass die Verbrechen im Umfeld der von seinem Flügel geprägten nationalistischen Bewegung stattfanden und bis heute das Verhältnis zwischen Polen und der Ukraine belasten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lebte Bandera im Exil in München. Der beginnende Kalte Krieg verlieh dem ukrainischen Nationalismus eine neue geopolitische Bedeutung. Westliche Geheimdienste, insbesondere britische und amerikanische Dienste, unterhielten Kontakte zu verschiedenen ukrainischen Exilgruppen und unterstützten einzelne antikommunistische Netzwerke im Kampf gegen die Sowjetunion. Auch das Umfeld Banderas spielte in diesen Zusammenhängen eine Rolle.

Am 15. Oktober 1959 wurde Stepan Bandera vor seinem Wohnhaus in München vom KGB-Agenten Bohdan Staschynskyj mit einer speziell konstruierten Giftwaffe ermordet. Sein Tod machte ihn für viele ukrainische Nationalisten endgültig zu einem Märtyrer. Bis heute wird Bandera von Teilen der ukrainischen Gesellschaft als Symbol des Unabhängigkeitskampfes verehrt, während andere in ihm einen Vertreter eines radikalen Nationalismus sehen, dessen politische Bewegung mit schweren Kriegsverbrechen verbunden ist. Diese gegensätzlichen Deutungen bilden den Hintergrund für die bis heute andauernden Kontroversen um seine Person.

Vom Nationalisten zur Ikone – Der Bandera-Kult in der heutigen Ukraine

Mit dem Tod Stepan Banderas im Jahr 1959 endete sein Leben, nicht jedoch seine politische Wirkung. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und insbesondere seit der Unabhängigkeit der Ukraine entwickelte sich Bandera für Teile der ukrainischen Gesellschaft zunehmend zu einer Symbolfigur des nationalen Unabhängigkeitskampfes.

Gleichzeitig wuchs außerhalb der Ukraine die Kritik daran, dass bei seiner Verehrung häufig jene Kapitel ausgeblendet werden, die seine politische Bewegung mit schweren Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs verbinden.

Besonders in der Westukraine begann eine systematische Aufwertung Banderas und anderer führender Vertreter der OUN sowie der UPA. Zahlreiche Straßen, Plätze und öffentliche Einrichtungen wurden nach Bandera benannt. In mehreren Städten entstanden Denkmäler und Büsten, während bereits vorhandene Erinnerungsstätten restauriert oder erweitert wurden.

Wer durch Städte wie Lwiw (Lemberg) oder Iwano-Frankiwsk reist, begegnet dem Namen Bandera an vielen Stellen des öffentlichen Lebens.

Jedes Jahr am 1. Januar, dem Geburtstag Stepan Banderas, finden in verschiedenen ukrainischen Städten Gedenkveranstaltungen statt. Am Bandera-Denkmal in Lwiw versammeln sich regelmäßig Politiker, Vertreter regionaler Behörden, Veteranenverbände und Unterstützer nationalistischer Organisationen. Kränze werden niedergelegt, Reden gehalten und Bandera als Symbol des ukrainischen Unabhängigkeitskampfes gewürdigt. Auch zu seinem 117. Geburtstag, am 1. Januar 2026, fanden erneut offizielle Gedenkveranstaltungen statt. Der Bandera-Kult beschränkt sich dabei längst nicht auf einen symbolischen Feiertag. Symbolträchtig war auch der Besuch des damaligen ukrainischen Botschafters in Deutschland, Andrij Melnyk, am Grab Stepan Banderas auf dem Münchner Waldfriedhof im Jahr 2015. Dort legte er Blumen nieder und bezeichnete Bandera anschließend öffentlich als „unseren Helden“. Während des Ukraine-Kriegs 2022 wurde Melnyk jedoch erneut zum Gegenstand einer breiten Debatte – allerdings nicht wegen eines weiteren Grabbesuchs, sondern weil er in Interviews, insbesondere bei Jung & Naiv, Bandera als Freiheitskämpfer

verteidigte und historische Vorwürfe gegen ihn bestritt oder relativierte.

Nach meiner Auffassung handelt es sich um die Verherrlichung einer historischen Persönlichkeit, deren politisches Umfeld mit ethnischem Nationalismus und schweren Kriegsverbrechen verbunden war.

Außerdem tragen zahlreiche Straßen, Plätze und öffentliche Einrichtungen seinen Namen. Im Zuge der sogenannten Dekommunisierung nach 2014 wurden tausende Straßen und Plätze umbenannt, sowjetische Denkmäler entfernt und zahlreiche Persönlichkeiten des ukrainischen Nationalismus stärker in das öffentliche Geschichtsbild integriert. Befürworter sehen darin eine Loslösung von der sowjetischen Vergangenheit und die Stärkung einer eigenständigen nationalen Identität. Ich werfe den Verantwortlichen dagegen vor, die dunklen Seiten einzelner historischer Persönlichkeiten zu relativieren oder bewusst auszublenden.

Diese Erinnerungspolitik richtet sich nicht allein an Erwachsene. Sie prägt auch das öffentliche Geschichtsverständnis jüngerer Generationen. Öffentliche Gedenkveranstaltungen, schulische Aktivitäten und Jugendorganisationen vermitteln vielerorts ein Bild Banderas als Nationalheld und Freiheitskämpfer. Die kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die Historiker Angehörigen der OUN und der UPA zuschreiben, tritt dabei nach meiner Einschätzung in den Hintergrund.

Auch Angehörige der ukrainischen Streitkräfte haben sich in der Vergangenheit öffentlich mit Bandera identifiziert. Fotos und Beiträge in sozialen Medien, auf denen hochrangige Militäranghörige oder militärische Einheiten vor Bandera-Porträts oder entsprechenden Symbolen auftreten, sorgten wiederholt für internationale Kritik. Solche Darstellungen verstärken den Eindruck,

dass Bandera nicht nur als historische Persönlichkeit betrachtet wird, sondern bis heute eine identitätsstiftende Symbolfigur für Teile des ukrainischen Staats- und Sicherheitsapparates geblieben ist.

Außer Bandera wird auch Roman Schuchewytsch, einer der führenden Kommandeure der UPA, auf diese Weise geehrt. Er ist Namensgeber zahlreicher Straßen, Denkmäler und öffentlicher Einrichtungen. Für viele Ukrainer verkörpern Bandera und Schuchewytsch den jahrzehntelangen Kampf gegen die sowjetische Herrschaft. Für Polen und zahlreiche Historiker stehen ihre Namen dagegen untrennbar mit den Massakern an der polnischen Zivilbevölkerung in Wolhynien und Ostgalizien in Verbindung – einem der schwersten Verbrechen des Zweiten Weltkriegs in Osteuropa. Diese gegensätzliche Erinnerungskultur macht deutlich, warum der Bandera-Kult bis heute weit über die Grenzen der Ukraine hinaus kontrovers diskutiert wird.

Besonders scharf fällt die Kritik in Polen aus. Dort gelten die Verbrechen der UPA an der polnischen Bevölkerung als historisch gesichert und werden offiziell als Völkermord bewertet. Polnische Regierungen – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – haben die fortdauernde Verehrung Banderas und anderer OUN-beziehungsweise UPA-Führer wiederholt kritisiert. Warschau fordert seit Jahren eine umfassende historische Aufarbeitung sowie die uneingeschränkte Möglichkeit, die Opfer der Massaker zu exhumieren und würdig zu bestatten. Immer wieder führen neue Ehrungen oder Straßenbenennungen in der Ukraine zu diplomatischen Spannungen zwischen beiden Ländern.

Bezeichnenderweise geht diese Kritik von einem der engsten Verbündeten der Ukraine in Europa aus.

Polen gehört seit Beginn des russischen Angriffskrieges zu den entschiedensten Unterstützern Kiews –

militärisch, finanziell und politisch. Umso größer ist dort das Unverständnis darüber, dass Persönlichkeiten geehrt werden, die in Polen als Mitverantwortliche für eines der schwersten Verbrechen an der eigenen Zivilbevölkerung gelten.

An diesem Punkt beginnt die eigentliche politische Frage. Wenn europäische Regierungen jede Form der Verherrlichung nationalsozialistischer oder faschistischer Ideologien im eigenen Land zu recht entschieden ablehnen, warum wird die anhaltende Verehrung Stepan Banderas in der Ukraine nur selten zum Gegenstand öffentlicher Kritik? Diese Frage führt unmittelbar zum nächsten Abschnitt.

Europas Schweigen — Wenn Werte plötzlich relativ werden

Die Verehrung Stepan Banderas und anderer führender Vertreter der OUN und UPA ist längst keine ausschließlich ukrainische Angelegenheit mehr. Spätestens seit die Europäische Union die Ukraine politisch, finanziell und militärisch in beispielloser Weise unterstützt und ihr zugleich eine Beitrittsperspektive eröffnet hat, stellt sich zwangsläufig die Frage, wie Europa mit diesem Teil der ukrainischen Erinnerungspolitik umgeht.

Die jüngste Auseinandersetzung zwischen Polen und der Ukraine zeigt, dass es sich keineswegs um eine historische Randnotiz handelt. Nachdem Präsident Selenskyj Ende Mai 2026 eine Eliteeinheit nach den „Helden der UPA“ benennen ließ, reagierte die polnische Regierung berechtigterweise mit scharfer Kritik. Warschau sprach von einer Provokation gegenüber einem Land, dessen Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs zehntausende Opfer der UPA zu beklagen hatte. Auch das Europäische Parlament

äußerte Bedauern und bezeichnete die Entscheidung als eine „unnötige und unprovokierte Eskalation“. Doch bei diesem Bedauern blieb es. Weder hatte die Entscheidung erkennbare politische Folgen für den EU-Beitrittsprozess der Ukraine, noch führte sie zu einer grundsätzlichen Debatte über die ukrainische Erinnerungspolitik.

Diese Reaktion befremdet mich doch sehr. Die Europäische Union versteht sich als Wertegemeinschaft – diese Einschätzung geht bei mir als bedingungslosem Pazifisten aufgrund der bellizistischen Ausrichtung der Protagonisten der EU zunehmend verloren. Die EU fordert von Beitrittskandidaten die Achtung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten und tritt entschieden gegen jede Form der Verherrlichung nationalsozialistischer Ideologien ein. Umso scheinheiliger ist es, dass die anhaltende Verehrung historischer Persönlichkeiten wie Stepan Bandera und Roman Schuchewytsch zwar gelegentlich kritisiert wird, daraus jedoch bislang kaum politische Konsequenzen erwachsen.

Hier stellt sich eine grundsätzliche Frage: Würde die Europäische Union ebenso reagieren, wenn ein Mitgliedstaat der EU eine militärische Einheit nach einer Organisation benennen würde, die mit schweren Kriegsverbrechen in Verbindung gebracht wird? Würde ein bloßes Bedauern genügen, oder wären massive politische Reaktionen die Folge?

Die Europäische Union hat in der Vergangenheit immer wieder betont, dass die Verherrlichung totalitärer Regime und ihrer Repräsentanten mit den europäischen Grundwerten unvereinbar ist. So wurden etwa Ehrungen von Persönlichkeiten des Ustascha-Regimes auf dem westlichen Balkan wiederholt zum Gegenstand politischer Debatten und parlamentarischer Anfragen auf europäischer Ebene. Warum ist dann die Ehrung von OUN- und UPA-Führern in der Ukraine bislang weitgehend ohne vergleichbare politische Konsequenzen geblieben.?

In meinen Augen misst die Europäische Union hier mit zweierlei Maß. Dieselben Handlungen, die andernorts scharfe Verurteilungen nach sich ziehen, werden im Fall der Ukraine nachsichtig behandelt. Für mich ist das Doppelmoral. Historische Maßstäbe werden in diesem Fall nicht unabhängig von aktuellen politischen Interessen angewendet. Unübersehbar ist, dass die Debatte über den Bandera-Kult weit über eine historische Auseinandersetzung hinausreicht. Sie berührt die Glaubwürdigkeit jener Werte, auf die sich die Europäische Union immer wieder beruft.

Diese Zurückhaltung zeigt sich nicht nur in den Institutionen der Europäischen Union, sondern auch im Verhalten zahlreicher europäischer Regierungschefs. Während in den eigenen Ländern jede Nähe zu rechtsextremen Symbolen oder historischen Persönlichkeiten des Nationalsozialismus regelmäßig zu heftigen politischen Debatten führt, spielt der Bandera-Kult in der Ukraine im Umgang westlicher Spitzenpolitiker praktisch keine Rolle.

Bundeskanzler Friedrich Merz zählt ebenso wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der damalige britische Premierminister Keir Starmer zu den entschiedensten politischen Unterstützern der Ukraine. Milliardenhilfen, umfangreiche steuer- und kreditfinanzierte Waffenlieferungen, demonstrative Solidaritätsbesuche und die klare Unterstützung eines künftigen EU-Beitritts prägen seit Jahren die europäische kriegsverlängernde Ukraine-Politik. Die fortdauernde Verehrung Stepan Banderas sowie anderer führender Vertreter der OUN und UPA wird dabei allenfalls am Rande thematisiert.

Dieser Kontrast schreit zum Himmel. Würde eine vergleichbare Form der staatlichen Erinnerungspolitik in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ebenso zurückhaltend behandelt? Oder würden politische Konsequenzen folgen? Der unterschiedliche

Umgang mit vergleichbaren historischen Symbolen zeigt, dass moralische Maßstäbe nicht unabhängig von aktuellen geopolitischen Interessen angewendet werden.

Besonders deutlich wurde dies am 14. Juli 2026, dem französischen Nationalfeiertag, als Präsident Selenskyj als Ehrengast in Paris empfangen wurde. Solche Gesten unterstreichen die enge politische Partnerschaft zwischen der Ukraine und ihren europäischen Unterstützern. Ich frage mich ernsthaft, warum die ukrainische Erinnerungspolitik gegenüber Stepan Bandera und der UPA im politischen Dialog kaum eine erkennbare Rolle spielt. Würde sie eine Rolle spielen, dürfte ein Regierungschef eines faschistisch unterminierten Regimes wie Wolodymyr Selenskyj zu Feierlichkeiten wie dem französischen Bastille-Tag nicht eingeladen werden.

In Deutschland genügt häufig bereits das Auftauchen einzelner rechtsextremer Symbole oder Fahnen bei einer Demonstration, um die öffentliche Debatte maßgeblich zu prägen. Medien berichten ausführlich darüber, Politiker verurteilen solche Erscheinungen scharf, und meist gerät dadurch die eigentliche Botschaft einer Veranstaltung bei den Medien und damit bei großen Teilen der Bevölkerung in den Hintergrund.

So wurde beispielsweise auch bei Kundgebungen der Friedensbewegung oder bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen intensiv über das Auftreten einzelner Personen mit rechtsextremen Symbolen berichtet. Unabhängig davon, wie repräsentativ diese für die jeweiligen Demonstrationen waren, bestand in Politik und Medien weitgehend Einigkeit darüber, dass jede Form der Verherrlichung oder Verharmlosung rechtsextremer Symbolik entschieden zurückgewiesen werden müsse.

In diesem Zusammenhang stelle ich mir die Frage: Warum wird hier mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen? Wer historische

Symbolik im eigenen Land zu recht sensibel bewertet, sollte dieselbe Sensibilität auch gegenüber einem engen politischen Partner anwenden.



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaenge.com** (<https://wassersaenge.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.